Beilage 4386

(Bergl. Beilage 4240)

Der Bayerische Ministerpräsident

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags

Betreff:

Zweites Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes; nochmalige Beratung von Landtagsbeschlüssen gem. Art. 78 Abs. 5 der Verfassung

In der Plenarsitzung des Landtags am 7. September 1950 wurde das Zweite Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Landtagsbeilage 4135) mit folgenden auf Grund der von den Abgeordneten Wimmer einerseits und Dr. Wittmann und Genossen andererseits zu § 1 Ziff. 4 des Gesetzentwurfs (Art. 7 des Gesetzes) gestellten Abänderungsanträge beschlossenen Änderungen verabschiedet:

1. Der Stadt München wird zu dem bisherigen und im Gesetzentwurf vorgesehenen Polizeikostenzuschuß von 3000 DM für jeden Polizeivollzugsbeamten ein Zuschlag von 10% bewilligt, so daß der Polizeikostenzuschuß für München 3300 DM betragen soll.
2. An Stelle der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Staffelung des Polizeikostenzuschusses für Gemeinden mit mehr als 75 000 Einwohnern . . . 3000 DM für Gemeinden mit 20 000 bis 75 000 Einwohnern . . . 2850 DM für Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern . . . 2650 DM wird der Polizeikostenzuschuß auch für die Gemeinden unter 75 000 Einwohnern einheitlich mit 3000 DM festgesetzt, die Staffelung also abgelehnt.

Gegenüber dem Regierungsentwurf bedeuten diese Abänderungen eine Verschlechterung um etwa 1,36 Millionen DM. Davon entfielen auf die Stadt München bei Zugrundelegung von 2200 Polizeivollzugsbeamten ein Mehrbetrag von $2200 \times 300 = 660\,000$ DM und auf die Städte unter 75 000 Einwohnern rund 700 000 DM.

Durch diese beiden Landtagsbeschlüsse wird die Belastung des Staates durch die Polizeikostenzuschüsse um rund 1,36 Millionen DM erhöht. Diese Mehrausgabe kann aus der im Einzelplan XIII Kap. 1201 Tit. 233 vorgesehenen gegenüber 1949 bereits erhöhten Ausgabeopposition von 24 Millionen DM nicht mehr gedeckt werden. Die Staatsregierung ist angeichts der Schwierigkeiten, die schon die Abgleichung des vorliegenden Haushaltsplans bereitet hat, nicht in der Lage, die Möglichkeit einer Deckung für diese Mehrausgabe aufzuzeigen.

Die Staatsregierung erachtet auch, wie von ihren Vertretern bei der Beratung des Gesetzentwurfs ausgeführt wurde, ein dringendes sachliches Bedürfnis für eine über die Regierungsvorlage hinausgehende Erhöhung der Polizeikostenzuschüsse nicht als gegeben.

Nach Art. 78 Abs. 5 der Verfassung sind Beschlüsse des Landtags, welche die im Entwurf des Haushaltsplans eingesetzten Ausgaben erhöhen, auf Verlangen der Staatsregierung noch einmal zu beraten. Gemäß dieser Bestimmung erlaube ich auf Grund des Beschlusses des Ministerrats vom 18. September 1950 um nochmalige Beratung der beiden obengenannten Landtagsbeschlüsse.

München, den 20. September 1950

(gez.) Dr. Ghard,
Bayerischer Ministerpräsident

Beilage 4387

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, für die Instandsetzung der Wallfahrtskirche St. Ottilia in Hellring, einer Nebenkirche der säkularisierten Benediktinerpropstei Paring, aus dem außerordentlichen Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für 1950 einen Zuschuß von 8000 DM zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die Wallfahrtskirche St. Ottilia in Hellring ist nach den Kunstdenkmälern Bayerns Band XXII S. 56 ff. „eine beachtenswerte Anlage des frühen Rokoko“, erbaut zwischen 1733 bis 1735 durch den Landshuter Hofmaurermeister Johann Georg Hirschstötter. Die Altarwerke werden als „imposante Schöpfung“ nach der Art der Adam bezeichnet. Die umfangreichen Stukkaturen und bedeutenden Deckengemälde gehören dem frühen Rokoko an.

Der bauliche Zustand dieser bedeutenden kunstgeschichtlichen Anlage gibt zu den stärksten Besorgnissen Anlaß. Die Dachungen sind sehr schadhast, die Gewölbe und das Mauerwerk weisen bedenkliche Risse auf. Aus den Deckengemälden sind große Flecken infolge auf dem Dachboden eingedrungenen Regenwassers und eingeweichten und geschmolzenen Schnees abgeblättert. Die Instandsetzungsarbeiten sind äußerst vordringlich. Landbauamt und Hochbauabteilung in Regensburg veranschlagen einen ersten Kostenaufwand von rund 15 000 DM. Die zuständige Kirchengemeinde ist nur in geringem Maße leistungsfähig.

München, den 4. Oktober 1950

Brechtel (CSU)